

## **Stellungnahme der Vivant Fraktion – 27.06.2011 Zur Grundsatzerklärung des PDG -**

Herr Präsident,  
Mitglieder der Regierung,  
Kollegen und Kolleginnen,

Die Zukunft der DG, oder besser die Zukunft Belgiens.

Meine Damen und Herren,  
mir hat mal jemand gesagt: „Herr Balter, wenn Sie dieses Gebäude betreten, dann müssen Sie die normale Logik, den logischen Menschenverstand, draußen lassen, hier beginnt die politische Logik.“  
Und in den letzten zwei Jahren habe ich festgestellt, dass nicht nur der gute Mann Recht hatte, sondern dass vieles hier in diesem Hause mit dem logischen Menschenverstand einfach nicht zu verstehen ist.

Womit wir bei der heutigen Grundsatzerklärung des PDG sind.  
Manche Verfahren laufen in der DG in einer sehr seltsamen Reihenfolge.  
Jeder vernünftige Mensch möchte doch zuerst wissen worauf er sich einlässt, bevor er eine Entscheidung trifft und einen wichtigen, einen großen Schritt unternimmt.

So sollte das doch auch mit der Entscheidung sein:  
„Was das Beste für die DG ist“  
„Oder was ist das Beste für den Bürger der DG.“

Ein Belgien zu zweit, mit einem Sonderstatus für Brüssel und die DG?  
Ein Belgien zu dritt, mit einem Sonderstatus für die DG?  
Oder ein Belgien zu viert? Mit vier Regionen.  
Nennen wir es Unvernunft oder ist es vielleicht Leichtsinn oder sogar Überheblichkeit?

Und es stellt sich die berechtigte Frage:  
„Wie kann ein Parlamentarier solch eine Grundsatzentscheidung mit abstimmen, obwohl keinerlei Fakten geklärt sind.“

Zum Dokument:

Im Grunde kann niemand dieser Grundsatzerklärung zustimmen aus dem einfachen Grund, weil ganz einfach die Reihenfolge nicht stimmt.  
Wenn man sich dieses Dokument Nr. 83 anschaut, dann muss man folgendes feststellen:  
Man folgert und bestätigt, bevor man mit Experten und Bürgern spricht.  
Warum?

Hat dies vielleicht damit zutun, dass die Politik sich immer mehr vom Bürger entfernt.  
Die Verantwortlichen in der DG, brauchen anscheinend nicht mit Experten zu reden, bevor sie etwas „schlussfolgern“, nein Sie fordern zuerst.

Schon seltsam, jeder Familienvater, jeder Unternehmer, ja jeder vernünftig denkende Mensch, der ein Projekt plant informiert sich zuerst, prüft die Sachlage, befragt Experten, spricht mit der Familie und zieht dann einen „Schluss“ daraus, eine Schlussfolgerung.

Hier ist dies anders. Hier spielt die politische Logik.  
Und dies ist nicht mit dem vernünftigen Menschenverstand zu verstehen.  
Besonders dann nicht wenn man sich nicht schieben und drücken lässt.

## **Stellungnahme der Vivant Fraktion – 27.06.2011 Zur Grundsatzerklärung des PDG -**

Wir bleiben bei unserer gründlich überlegten Entscheidung,  
dass eigentlich Niemand, dem berühmten Satz des Herrn Lambertz -

*b) bestätigt, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft bereit, gewillt und in der Lage ist, mit jeweils angemessenen Finanzmitteln oder Finanzierungsmöglichkeiten alle Zuständigkeiten wahrzunehmen, die den belgischen Gliedstaaten im Rahmen der Staatsreform bisher übertragen wurden oder in Zukunft übertragen werden;*

zustimmen kann und eigentlich im Sinne des belgischen Steuerzahlers auch nicht darf.

Folgende Überlegungen haben zu dieser Entscheidung geführt:

1. Die DG ist ein zu kleines Gebiet mit nur geringen Eigeneinnahmen, ich werde später hierzu einige Fakten aufzählen.
2. Es wäre ein zu großer Verwaltungsaufwand notwendig, vielleicht noch ein paar Minister mehr?
3. Die Gefahr einer ungesunden Enge und Kontrolle, auch dies hat übrigens ein Staatsrechtler, vor kurzem angesprochen, das GE berichtete.
4. Die hohe Verschuldung Belgiens.

Ich weiß nicht wer von Ihnen vor 14 Tagen die Wochenendausgabe der „Süddeutschen Zeitung“ gelesen hat. Da titelte es:

*„Juncker warnt vor Krisen in Belgien und Italien“*

*Euro-Gruppen-Chef Jean-Claude Juncker hat vor einer weiteren Ausweitung der Schuldenkrise auch auf Belgien und Italien gewarnt.*

*Das könnte extreme Folgen für andere Euro- Staaten haben. Zitat Juncker: «Die Pleite kann Portugal anstecken und Irland und dann wegen der hohen Schulden auch Belgien und Italien, noch vor Spanien»,*

Sie wissen, dass die Vivant Fraktion ein differenziertes Verhältnis zu diversen EU Regierungschefs hat, aber ich denke Herr Lambertz schätzt seinen Kollegen aus dem Ländchen.

Nun, vielleicht sollte die Regierung mal einen Ausflug nach Luxemburg unternehmen, bestimmt nicht so teuer, da wird sich kaum ein Bürger aufregen.  
Und man könnte einige Erkenntnisse mit nach Hause bringen.

Weiter zum Grundsatzdokument.

Wie kann man denn einer Forderung zustimmen, obwohl man noch gar nicht weiß, was denn zukünftig übertragen wird?

Ja auch dies ist politische Logik, oder fordert man schon mal obwohl man weiß, dass man alles sowieso nicht schaffen kann.

Nach dem Motto: „Jetzt alles fordern, und dann sehen was kommt.“

Meine Damen und Herren, ist dies vernünftig, und wem dient es?

Wir sollten besser mit den Füßen auf dem Boden bleiben.

Und sachlich mit Vernunft und einem kühlen Kopf an die Sache herangehen.

Wobei wir bereits im Ausschuss erwähnt haben,

dass die Vivant Fraktion durchaus auch den Punkten 1.) a + 1.) c. zustimmen kann,

## **Stellungnahme der Vivant Fraktion – 27.06.2011 Zur Grundsaterklärung des PDG -**

Vernünftig wäre es dann den Satz in 1.) B.) abzuändern

.....und anstatt zu schreiben "alle" Zuständigkeiten zu übernehmen,  
zu sagen, "die Zuständigkeiten die verwaltungstechnisch sinnvoll von uns  
wahrgenommen werden können".

Es hat auch nichts mit der Aussage der SP Fraktion zutun, „Autonomie á la carte“ sondern es leuchtet doch jedem in Belgien ein, dass eine Kultur-Gemeinschaft von 75.000 Einwohnern nicht alle Zuständigkeiten ausführen und finanzieren kann, welche eine Region von 6 Millionen Bürgern stemmt.

Interessant war in der vergangenen Woche die Ausschusssitzung I zu dieser Thematik und die Anmerkungen des Gemeinschaftssenators, Herrn Siquet, zu dem Ausdruck "ein Belgien zu viert".

Der Senator meinte, dass dies in flämischen Kreisen zu Irritationen führen könnte und er selbst bei einem anderen Dokument dies so verspürt, beziehungsweise die Erfahrung gemacht hat.

Vielleicht wäre es in diesem Zusammenhang dienlich, wenn Herr Siquet, als der Mann der DG vor Ort in Brüssel, etwas hierzu sagen könnte. Vielleicht kann er die Replik ja hierzu nutzen.

Versuchen wir weiter diese Grundsaterklärung zu entwirren.

Also, zu dem berühmten Satz gibt es einen Begleitsatz:

„mit jeweils angemessenen Finanzmitteln und Finanzierungsmöglichkeiten...“

Was bedeutet das, auch seltsam hierzu die in verschiedenen Leserbriefen veröffentlichten Aussagen der ProDG hierzu,  
Herr Velz wird uns dies sicherlich noch deutlich erklären, was gemeint war.

Was Herr Velz wahrscheinlich nicht sagen wird, und auch sonst niemand uns bis dato gesagt hat, ist die Frage: „Wo soll denn das Geld herkommen.“

Oder wie sagt der Volksmund es so schön: „Wer soll das bezahlen?“

Herr Velz, haben Sie dazu eine Antwort? Oder hat Herr Lambertz eine Antwort?

Sie kennen doch sicherlich den vor einigen Wochen veröffentlichten Zeitungsartikel:

*»Neue Staatsreform gefährdet Zukunft der Föderalbehörde«*

*Aus Angst vor den Finanzmärkten hielt Premier Leterme den Bericht des Planbüros zurück*

*In einem Arbeitsdokument des föderalen Planbüros von Oktober 2010 steht, dass eine sechste Staatsreform den finanziellen Fortbestand des Föderalstaates gefährdet. Premierminister Yves Leterme (CD&V) hat diesen Bericht geheim gehalten, um die Aufmerksamkeit der Finanzmärkte nicht auf Belgien zu lenken. Dies schreibt die Zeitung »De Tijd«.*

*Was aber noch bemerkenswerter ist: Das Planbüro hinterfragt die sechste Staatsreform und die Reform des Finanzierungsgesetzes, so wie sie in den vergangenen Monaten auf*

## **Stellungnahme der Vivant Fraktion – 27.06.2011 Zur Grundsatzklärung des PDG -**

*dem Verhandlungstisch lagen. Um die Staatsschuld abzahlen zu können, muss der Staat rund 30 Prozent einsparen oder 30 Prozent neue Einnahmen finden. Aber bei einer Staatsreform, wie sie derzeit vorgeschlagen wird (Übertragung von Befugnissen für mehr als zehn Milliarden Euro an die Teilstaaten), könnte dies sogar 50 Prozent werden, heißt es bei »De Tijd«. Das wäre unmöglich.*

Eigentlich klare, sachliche Aussagen, nur entsprechen diese klaren und deutlichen Aussagen nicht der politischen Logik:

„In der Politik wird zuerst gefordert, und dann kann der Bürger die Suppe auslöffeln.“

Hierzu auch erwähnenswert wie sich die zukünftigen Einnahmen der DG gestalten sollen: In den bestehenden Noten der Vermittler, zielt man immer mehr auf die Eigenständigkeit der Regionen hinaus, auch was die Finanzierung angeht. Und hierzu darf man nicht vergessen, dass die DG prozentual ein geringeres pro Kopf Bruttosozialprodukt hat, als die anderen Landesteile. Zusätzlich arbeitet ein Großteil entweder im benachbarten Ausland oder in der wallonischen Region, und bezahlt dort die Einkommensteuer. Die DG, ist also aufbiegen und brechen auf einen finanziell unabhängigen und starken Föderalstaat angewiesen.

Da wir in Belgien bereits jetzt, fast die höchsten Steuern und Abgaben zahlen, stellt sich die Frage was die Autoren des Dokumentes unter Finanzierungsmodalitäten vorstehen, oder wie solche denn aussehen sollen. Aber vielleicht wird Herr Velz, ja was hierzu sagen.

Dann natürlich, wie im eben erwähnten Artikel erklärt, die hohe Staatsschuld, das laufende Defizit des Föderalstaates, und auch die Wallonische Region und die Französische Gemeinschaft verzeichnen Defizite und haben Schuldenberge zu tragen.

Also was die Finanzierung angeht, bleiben nicht nur einige Fragen offen, sondern es bedarf hierzu einer komplett neuen Denkweise, aber hierzu verschließt sich gerade, obwohl von Seiten der Vivant Fraktion seit Jahren gut informierte, die DG Regierung ja vollständig.

Nur alles beim alten wird nicht funktionieren.

Weiter zu den Schlussfolgerungen -

Natürlich ist es verführerisch, wenn wir uns die möglichen Kompetenzen anschauen, eigentlich stimmt dieser Begriff so nicht, es haben und es werden keine Kompetenzübertragungen stattfinden, sondern es werden Zuständigkeiten übertragen, ob wir dazu kompetent sind, wird sich zeigen.

Ja, am Rande hierzu gibt es einige Bemerkungen der Mehrheitskollegen die nicht ganz falsch sind. Im Unterrichtswesen, hat es sich in vielen Bereichen gezeigt, dass die Übertragungen von Vorteil waren.

Aber meine Damen und Herren, dieses Argument als einzigen Vergleich zu bringen ist vielleicht zu einfach, denn jetzt kämen alle weiteren Zuständigkeiten hinzu, quasi obendrauf .

## **Stellungnahme der Vivant Fraktion – 27.06.2011 Zur Grundsatzklärung des PDG -**

Fassen wir also zusammen:

Das erste Interesse eines jeden Volksvertreters in der DG sollte ein starker und finanziell gesunder Föderalstaat Belgien sein, denn ohne diesen sieht es schlecht aus mit der Autonomie.

Es sollte sachlich und vernünftig geprüft werden, welche Lösung dem Bürger dient, und keine weiteren Kosten verursacht.

Eine weitere Verteuerung der Bürokratie, sollte tunlichst vermieden werden.

Wir sollten uns nicht in die bestehenden Verhandlungen, zwischen den 2 anderen Volksgruppen einmischen, lediglich am Rande das Triangel spielen, und ab und zu vielleicht einige gute Ideen oder Lösungsvorschläge unterbreiten, wie z.B. der Resolutionsvorschlag der Vivant Fraktion bezüglich der Befreiung der MWST für öffentliche Körperschaften, oder das mehrfach erwähnte Staatsbon-Modell.

Zu erwähnen bleibt, dass das damalige Einmischen mittels eines Interessenkonfliktes, dem Ansehen der DG in Flandern geschadet hat. Seinerzeit hatte nur die Vivant Fraktion dagegen gestimmt, und der damalige Gemeinschaftssenator Collas hatte eine neutrale Position eingenommen.

Meine Damen und Herren,  
im Grunde ist es offensichtlich, dass es so nicht weitergehen kann und darf!

Es wird sehr viel darüber diskutiert wie die Zukunft Belgiens aussehen soll, aber keiner ist bereit sich den wahren Übeln einmal zu zuwenden.

Inzwischen befindet sich Griechenland kurz vor der totalen Pleite, Irland, Portugal und noch bei anderen EU-Wackelkandidaten sind heftige Sparmassnahmen angesagt.

Aber wen stört das? Uns geht es ja noch gut!

Wir dürfen uns die Frage stellen wie lange noch!

Die meisten von uns kennen das wahre Übel, aber kaum einer nennt es beim Namen. Und es ist auch das politische Kalkül welches nicht immer das Wohlergehen der Bürger in den Vordergrund stellt. Sondern diese politische Taktik bildet eine Hemmschwelle für jeden neuen aufkeimenden Lösungsansatz.

Und viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich die Frage:

Wo dieses ganze Taktieren denn in den letzten Jahrzehnten hingeführt hat. Schulden und Steuern ohne Ende.

Und niemand sollte erzählen, dass Belgien ein Erfolgsmodell ist, denn es ist ganz einfach keins. Ansonsten hätte man längst eine Einigung in Brüssel gefunden.

Wir brauchen eine neue politische Kultur, die bereit ist ohne Eigeninteresse neue Wege zu gehen.

Die Menschen in unserem Lande sollten zueinander finden, Kulturen voneinander lernen, und die Vielfalt als Glücksfall empfinden.

Belgien ist ein schönes Land, welches Vorbild für Europa sein könnte.

Und die Kernaufgabe der Politik sollte sein, dass die Menschen zueinander finden und sich nicht ausgrenzen.

Das Sprachproblem ist kein Problem es ist eine Chance, die man nutzen sollte.

Aber leider sieht die Wirklichkeit anders aus.

## **Stellungnahme der Vivant Fraktion – 27.06.2011 Zur Grundsatzklärung des PDG -**

Ja meine Damen und Herren: „Wir dürfen nicht nur uns selbst sehen.“

Im Grunde gilt es in unserem Land ganz andere, d.h. die wirklichen Probleme anzupacken. Auch für die Zukunft der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind die Forderungen von Vivant-Ostbelgien nach einer wirtschaftlich-sozialen und finanzpolitischen Reform in Belgien sehr viel existenzieller, als dieser Ruf der Mehrheitsparteien nach einer 4. Region.

Die Vivant Fraktion wird dieser Grundsatzklärung nicht zustimmen. Vivant-Ostbelgien ist bei den Wahlen immer mit der Forderung eines sparsamen Umgangs mit Steuergeldern für Verwaltung, Parlament und Regierung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft angetreten, und wir sehen keinen Grund jetzt von diesem Prinzip abweichen zu müssen!

Wir finden es bedauerlich, dass alle anderen Fraktionen hier in diesem Hause solch einem Satz und solch einer Grundsatzklärung folgen, ohne vernünftige Recherche, ohne ein klares Konzept, und ohne dass die Bürger der DG hierzu ihre Meinung äußern durften.

Es handelt sich um eine Gewissensfrage.  
Wir können es nicht mit unserem Gewissen vereinbaren solche Forderungen zu unterstützen.

Aus all diesen Gründen ist die Vivant-Fraktion der Meinung, dass die DG ohne eine grundlegende Wirtschafts- Finanz- und Sozialreform nicht in der Lage ist, alle Zuständigkeiten, welche den belgischen Gliedstaaten im Zuge der Staatsreform übertragen werden könnten, zu übernehmen.

Jetzt ist es auch in der DG angebracht, mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben und nicht immer noch mehr haben zu wollen, ohne zu hinterfragen, wo es denn herkommt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit –

Michael Balter – Vivant - Fraktion